

## Grazer Gemeinderatwahl 2021

Mehr für CARE! hat die **Spitzenkandidat\*innen der bereits im Gemeinderat vertretenen Parteien** zu jenen Forderungen aus unserem Feministischen Konjunkturpaket befragt, die einen kommunalen Bezug haben. Hier die vollständige Auflistung unserer Fragen sowie der Antworten der Parteien, welche wir im Originaltext und ohne Kürzungen wiedergeben.



[www.mehr-fuer-care.at](http://www.mehr-fuer-care.at)

<b>ÖVP</b> <b>Bgm. Nagl</b>	<b>KPÖ</b> <b>StRin Kahr</b>	<b>FPÖ</b> <b>Bgm-Stv. Eustacchio</b>	<b>Grüne</b> <b>StRin Schwentner</b>	<b>SPÖ</b> <b>GR Ehmman</b>	<b>Neos</b> <b>P. Pointner</b>
<b>Fragen zu den Forderungen aus unserem Zukunfts- und Bildungspaket:</b>					
Wie stehen Sie zur Forderung der Lohnerhöhung für MitarbeiterInnen im Feld der Elementarpädagogik um 10 %?					
Ergebnis: Vier Parteien unterstützen eindeutig die Forderung nach Lohnerhöhung.					
Grundsätzlich freue ich mich über jede Lohnerhöhung für jede Berufsgruppe. Ich denke jedoch auch im Bereich der Elementarpädagogik gibt es eine gute Gewerkschaft, die auch in den letzten Jahren bewiesen hat, dass sie gute Lohnabschlüsse für ihre Zielgruppe erzielen kann. Bleiben wir daher bei dem bewährten sozialpartnerschaftlichen Modell, das Österreich so erfolgreich gemacht hat und lassen wir in dem Fall die Politik außen vor. Die	Diese gerechtfertigte Forderung unterstützen wir zu 100 Prozent. Gerade in der Arbeit mit Kindern sollte beim Personal nicht eingespart werden.	Wir können einer Lohnerhöhung nur beipflichten. Es wäre höchst an der Zeit, dass in diesem wichtigen Bereich die Löhne steigen.	Wir Grüne setzen uns wiederholt für höhere Löhne im elementarpädagogischen Bereich ein und halten eine adäquate und der Verantwortung entsprechenden Bezahlung für wesentlich. Die elementarpädagogische Arbeit ist von immenser gesamtgesellschaftlicher Bedeutung und muss endlich auch die entsprechende finanzielle Anerkennung finden!	Wir plädieren für eine bundesweit einheitliche Regelung, was Ausbildung, was Weiterbildung, was Mindeststandards und auch was eine ansprechende Entlohnung betrifft. Die derzeitigen Gehaltsansätze sind irreführend – da sie teilweise durchaus ansprechend wären, aber die Mitarbeiter:innen durchwegs keine Vollzeitbeschäftigung erhalten.	Für NEOS steht Bildung an erster Stelle. Wir wollen kein Kind zurücklassen. Pädagog_innen haben den wichtigsten Berufe in unserem Land. Im Zentrum einer gelingenden Kinderbildung und Kinderbetreuung steht ein wertschätzender, vertrauens- und zugleich anspruchsvoller Blick auf die Rolle der Elementarpädagog_innen. Dazu zählen die Arbeits- und Rahmenbedingungen im Bereich der Elementarpädagogik - und

<p>Sozialpartner schaffen dies seit Jahrzehnten sehr gut auch ohne die Politik.</p>					<p>diese gehören verbessert. Deshalb fordern wir NEOS eine Vereinheitlichung sowie Anhebung der Gehälter an das von Volksschulpädagog_innen. Denn eine angemessene Entlohnung ist ein wichtiger Schritt, damit Pädagog_innen auch endlich jene Wertschätzung und Anerkennung in unserer Gesellschaft zukommt, die ihnen gebührt.</p>
---	--	--	--	--	--

Werden Sie sich für eine zusätzliche pädagogische Fachkraft pro Gruppe einsetzen?

Ergebnis: Fünf Parteien unterstützen diese Forderung.

<p>Die Ausstattung der pädagogischen Fachkräfte pro Gruppe ist Sache des Landes Steiermark. In den letzten Jahren (Stichwort LeiterInnenfreistellung) hat sich auch schon einiges getan. Die Vorgaben zählen mithin zu den strengsten in Österreich und auch die Anzahl der Betreuungspersonen ist österreichweit im Spitzenfeld. Sollte es hier zu weiteren Verbesserungen hinsichtlich des Betreuungsschlüssels seitens des Landes und einer entsprechenden finanziellen Abgeltung für die Gemeinden kommen, ist</p>	<p>Absolut. Es benötigt mehr Personal in Kindergärten und –krippen. Gleichzeitig soll auch die Gruppengröße reduziert werden, um eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu gewährleisten. Dadurch sollen Fachkräfte von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, damit mehr Zeit für die Betreuung der Kinder über bleibt.</p>	<p>Ja auf alle Fälle. Nur durch eine kleinere Gruppengröße bzw. mehr Fachkräfte pro Gruppe können die Kinder ausreichend gefördert werden.</p>	<p>Eine der zentralen Anliegen der Grünen und wiederholten Forderungen betrifft zusätzliches Personal je Gruppe in Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen. Aufgrund des derzeitigen Personalmangels wäre es zwar schwierig, diese Stellen sofort zu besetzen. Wir sind aber überzeugt, dass nur verbesserte Arbeitsbedingungen durch zusätzliches Personal und bessere Bezahlung den Beruf attraktiver machen werden.</p>	<p>Ja – es gibt zwei Stoßrichtungen: Entweder Verkleinerung der Gruppen oder Aufstockung des pädagogischen Personals.</p>	<p>Sowohl die Bundesregierung, als auch die Landes- und Stadtregierung behandeln die Elementarpädagogik weiterhin als Stiefkind. Deshalb setzen sich NEOS auf allen Ebenen gleichermaßen für mehr qualifiziertes Personal in der Elementarpädagogik ein. Bisher scheitern wir jedoch immer und immer wieder am Widerstand der Regierungsparteien. In keiner Altersstufe kann eine gute, aufmerksame Betreuung durch die Pädagog_innen mehr bewirken als im Kleinkindalter. In diesem</p>
--	--	--	--	---	--

dies sicherlich zu begrüßen, muss aber auch hier einheitlich für die ganze Steiermark geregelt werden.					Alter wird die Basis für spätere schulische und berufliche Erfolge gelegt. Besonders für jene Kinder, die im Elternhaus eine wenig-förderliche Umgebung erleben, ist ein qualitativvoller Kindergarten die Chance, dennoch die Grundlagen für ein gelingendes Leben voller Entwicklungschancen zu erwerben. Wir fordern deshalb den Betreuungsschlüssel in Kindergärten schrittweise auf 1:8 sowie in Kinderkrippen auf 1:4 zu reduzieren. Das hilft Pädagog_innen und es hilft Kindern, weil endlich auf ihre individuellen Bedürfnisse eingegangen werden kann.
--	--	--	--	--	---

Gibt es Vorhaben seitens Ihrer Partei den weiteren Ausbau von Fachkräften für Integration und Vielfalt im Kinderbetreuungsbereich zu unterstützen?

Ergebnis: Fünf Parteien plädieren für mehr Ressourcen, wobei sie unterschiedliche Akzente und Schwerpunkte setzen wollen.

Die Landeshauptstadt Graz unterstützt Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen bereits seit zehn Jahren mit Projekten zur Sprachförderung in diesem Bereich. Die Evaluierungen dieser Maßnahmen zeigen, dass es durchwegs	Integration und Vielfalt sollten schon in der Grundausbildung einen stärkeren Stellenwert erhalten. Zudem wären weitere kostenlose Fortbildungsangebote für Fachkräfte in diesem Bereich wichtig. Die Stadt Graz könnte dies für ihre	Gelungene Integration ist in unseren Augen nur durch die gemeinsame Sprache möglich. Deshalb ist für uns die massive Steigerung der Deutschförderung im Kindergarten ein wichtiges Muss. Nur wenn die Kinder viel Kontakt zur Sprache haben, können sie diese	Dieses Vorhaben ist zur Zeit noch keine dezidierte Forderung, aber jedenfalls unterstützenswert. Aufgrund der insgesamt hohen Arbeitsbelastung in der Elementarpädagogik bleiben oftmals wenig Zeitressourcen für den Umgang mit (Sprachen-	Ja, wir treten für eine Personalaufstockung ein, da gerade in Hinblick auf die Integration die Einrichtungen weit mehr Unterstützung brauchen.	Mit dem Grazer Chancenbonus schaffen wir ein zusätzliches Bildungsbudget für die Grazer Kindergärten. Kinderbetreuungseinrichtungen mit einem hohen Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache, Kindern mit Behinderung
---	---	---	---	--	---

<p>ausgesprochen positive Rückmeldungen von Seiten der Eltern, LeiterInnen und PädagogInnen gibt. Die Maßnahmen werden als sehr unterstützend und förderlich sowohl für die Kinder, als auch für den gesamten Kindergartenbetrieb angesehen. Sie stellen insbesondere auch eine wichtige Hilfe bei Kommunikation bzw. Information der Eltern dar. Die Stadt Graz war damit auch Vorreiter in Österreich. Zuletzt wurden rund 1,45 Mio. Euro aufgewandt. Diesen Weg der Förderung der Kleinsten wollen wir auch in Zukunft fortsetzen.</p>	<p>eigenen Mitarbeiterinnen zur Verfügung stellen.</p>	<p>lernen. Texte, Gedichte, Lieder sollten in Deutsch vermittelt werden. Kinder mit nicht Deutsch als Muttersprache sollen ein 2. verpflichtendes Kindergarten Jahr absolvieren und auch die Nachmittagsbetreuung sollte für diese Kinder verpflichtend sein. So haben sie genügend Kontakt mit der Sprache Deutsch und kommen mit guten Kenntnissen in die Schule. Ein Mehrwert für alle.</p>	<p>)Vielfalt. Dabei ist vielfach belegt, dass gerade im Kindergartenalter die Grundsteine für spätere Integrations- und Bildungserfolge gelegt werden.</p>		<p>und/oder Kindern mit medizinischen und seelischen Herausforderungen bekommen zusätzliches Geld, um notwendige Fördermaßnahmen finanzieren zu können. Der Chancenbonus kann für zusätzliche (Sprach-)Lehrer_innen, Sozialarbeiter_innen und Schulpsycholog_innen verwendet werden. Oder auch für Inklusionslehrer_innen oder administratives Personal, damit sich Pädagog_innen verstärkt auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Wofür dieses Geld verwendet wird, entscheiden die Kindergartenleiter_innen selbst - sie sind Expert_innen vor Ort und wissen am besten, was und wieviel sie brauchen.</p>
---	--	--	--	--	---

Wie sehr ist Ihrer Meinung nach in Graz das aktuelle Angebot an Betreuungsplätzen für Unter-Sechsjährige auf die Bedürfnisse der Familien ausgerichtet? Wo braucht es Ergänzungen bzw. Adaptierungen? Und was konkret will Ihre Partei bis 2026 diesbezüglich erreichen?

Ergebnis: Für einen bedarfsorientierten Ausbau hinsichtlich der Wohnortnähe und der Öffnungszeiten treten explizit KPÖ, Grüne, SPÖ & Neos ein, wenn auch in teilweise unterschiedlicher Akzentuierung. Die ÖVP betont den notwendigen Kinderkrippenausbau und die FPÖ die Wahlfreiheit der Mütter.

<p>Graz erfüllt, wie gerade unlängst erst wieder durch eine Studie der AK Steiermark bestätigt, die</p>	<p>Nachholbedarf gibt es besonders bei den Betreuungsplätzen für Kinder bis zu 3 Jahren. In</p>	<p>Wir stehen für Wahlfreiheit! Jede Mutter, die arbeiten gehen möchte, muss einen Betreuungsplatz für ihr Kind</p>	<p>Graz erreicht zwar die Barcelona-Ziele (für mindestens 33% der unter-3-Jährigen und mindestens</p>	<p>Zum einen gibt es grundsätzlich zu wenige Krippenplätze, also Betreuungsplätze für die bis</p>	<p>Derzeit ist das Angebot an Betreuungsplätzen in Graz einfach unzureichend: Kein einziger städtischer</p>
---	---	---	---	---	---

<p>Kriterien zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf hervorragend. Mit diesem Herbst wurden zehn neue Kinderkrippengruppen und zwölf neue Kindergartengruppen ins städtische Tarifsysteem aufgenommen. Damit werden 140 neue Plätze für 0-3-jährige und 175 neue Plätze für 3-6-jährige geschaffen. Seit dem Jahr 2014 wurden insgesamt 52 Kinderkrippengruppen mit 728 Plätzen und 62 Kindergartengruppen mit 1550 Plätzen geschaffen. Ziel muss es sein, dass wir auch in den kommenden Jahren weiterhin den erfolgreichen Ausbaueweg fortsetzen und weiterhin allen Kindern von berufstätigen Eltern einen Betreuungsplatz anbieten können. Da wir im Kindergartenbereich bereits annähernd einen Versorgungsgrad von 100% erreicht haben, wird der Schwerpunkt des Ausbaus in den folgenden Jahren insbesondere im Kinderkrippenbereich liegen.</p>	<p>Graz erhält nur für jedes 3. Kind einen Platz in einer Kinderkrippe. Und viele Eltern, die einen Platz ergattert haben, müssen jedoch in benachbarte Bezirke ausweichen, weil in der direkten Wohnumgebung keine freien Plätze zur Verfügung stehen.</p>	<p>in der Stadt vorfinden. Allerdings wäre es dringend notwendig, wenn gewünscht, das Zuhause bleiben der Mutter von drei Jahren zu unterstützen - mit einer massiven Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes!</p>	<p>90% der 3-bis 6-Jährigen gibt es Betreuungsplätze), der Bedarf gerade bei den unter 3-Jährigen ist aber viel höher. Arbeitssuchende Frauen haben beispielsweise keine Chance auf einen Krippenplatz – und können aufgrund ihrer Betreuungspflichten keine Arbeit finden. Gerade für alleinerziehende Frauen kann dies Armutsgefährdung und Langzeitarbeitslosigkeit nach sich ziehen. Die Stadt muss dringend mehr Geld in die Hand nehmen und die Anzahl der Krippen-Plätze erhöhen! 98% aller Kinderkrippen und 94% aller Kindergärten haben zwar ganztags geöffnet, aber für die Randzeiten bzw. für Menschen mit atypischen Arbeitszeiten gibt es nach wie vor zu wenig Betreuungsangebot.</p>	<p>Dreijährigen. Der Deckungsgrad für die Drei- bis Sechsjährigen gilt zwar als gut – allerdings täuschen diese Zahlen insofern, als es aufgrund des Bevölkerungswachstums enorme regionale Unterschiede gibt. Ein Betreuungsplatz am Lustbühel ist für jemanden, der in Straßgang wohnt und in Gösting arbeitet, wenig hilfreich. Nachbesserungsbedarf besteht auch in Hinblick auf die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeiten der Eltern – auch darauf ist in der Kinderbildung und Betreuung zu reagieren.</p>	<p>Kindergarten bietet am Wochenende eine Betreuung an. Die Anmeldung zur Ferienbetreuung ist für die Eltern jedes Jahr nervenaufreibend und mit Stress verbunden, weil die Anzahl der Plätze stark begrenzt ist und die Anmeldung bereits Monate vor Ferienbeginn endet. Wir fordern deshalb einen Ausbau des städtischen Betreuungsangebots und eine monetäre Förderung für Tageseltern, die am Wochenende und an Feiertagen Betreuung anbieten. Alle Grazer Eltern sollen endlich die Möglichkeit haben am Wochenende und in der gesamte Ferienzeit einen Betreuungsplatz für ihre Kinder zu bekommen. Wir wollen bis 2026 in ein Betreuungsangebot investieren, das endlich an den Arbeitsalltag der knapp 39.000 Grazer Eltern angepasst ist und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur ermöglicht sondern auch erleichtert.</p>
---	---	--	---	--	--

Wie stehen Sie zur Forderung eines kostenlosen Kindergartenbesuchs ab dem 1. Lebensjahr?

Ergebnis: Diese Forderung wird von vier Parteien befürwortet. ÖVP und FPÖ befürworten sozial gestaffelte Elternbeiträge.

<p>Diese Forderung muss wenn für das Land Steiermark einheitlich gelöst werden, da wir auch jetzt schon der Sozialstaffel des Landes unterliegen. Zurzeit bietet die Sozialstaffel die Möglichkeit, dass kein Kind aus finanziellen Gründen vom Besuch einer Betreuungseinrichtung ausgeschlossen ist. Die Betreuung der Pflichtkinder im letzten Kindergartenjahr ist halbtags für alle gratis, ebenso die Betreuung aller Kindergartenkinder halbtags oder ganztags, wo das Familiennettoeinkommen unter € 1779.- liegt. im Falle einer ganztägigen Betreuung ist hier nur der Essensbetrag von monatlich € 37,46.- zu bezahlen. In Wien liegt der Essenbeitrag bei € 68,23.- und in Eisenstadt bei € 91,10.- -</p> <p>Das Wichtigste bei der Beitragsgestaltung ist die Treffsicherheit, und hier zeigt der Vergleich, dass gerade die Sozialstaffel der Steiermark zielgenau wirkt. Auch der Besuch von Tageseltern für Drei-bis Fünfjährige wird durch die Sozialstaffel gestützt. Die Stadt Graz gibt insgesamt mehr als 70 Millionen Euro jährlich für den</p>	<p>Eine langjährige Forderung der KPÖ. Erst heuer haben wir im Gemeinderat eine kostenlose Kinderbetreuung für alle gefordert. Im Städtevergleich wird ersichtlich, dass die Beiträge für die Grazer Kindergärten und –krippen österreichweit zu den höchsten zählen. In Innsbruck, St. Pölten und Linz ist die Kinderbetreuung bis 13 bzw. 14 Uhr kostenlos. In Wien und Eisenstadt sogar die ganztägige Betreuung.</p>	<p>Es gibt in den städtischen Einrichtungen sozial gestaffelte Beiträge. Das finden wir gut - wer mehr hat, soll auch einen größeren Beitrag leisten.</p>	<p>Es braucht einen Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige und kostenlose Kinderbetreuung für Kinder ab dem ersten Geburtstag bei gleichzeitiger Verlängerung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen. Also ja zu kostenlosen Kindergärten, denn es handelt sich um Bildungseinrichtungen.</p>	<p>Die SPÖ Graz tritt ganz klar für eine Abschaffung der Elternbeiträge in der Kinderbetreuung ein und wird am 16. September auch einen entsprechenden Antrag im Gemeinderat einbringen. Das entspricht auch unserem Verständnis des freien Zugangs zur Bildung für alle – eine Grundvoraussetzung für gleich gute Bildungs- und somit Zukunftschancen für alle Kinder. Im Übrigen ist die Abschaffung des Elternbeitrages selbstverständlich auch eine der wesentlichen Forderungen zur Entlastung der Familien in unserem Wahlprogramm.</p>	<p>Bildung startet für uns am Besten so früh wie möglich: Wir fordern deshalb den kostenfreien Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Grazer Kind ab dem 1. Lebensjahr, den Eltern freiwillig in Anspruch nehmen können. Außerdem soll Kinderbetreuung in Graz kostenlos sein.</p>
---	--	---	---	---	--

Kinderbildungs- und – betreuungs Bereich aus, um für alle Grazer Familien leistbare Kinderbetreuung zu ermöglichen.					
---	--	--	--	--	--

Welchen Ausbau der Ganztagschulen streben Sie in der nächsten Gemeinderatsperiode an?

Ergebnis: Alle sechs Parteien sind für eine Wahlfreiheit, die auch Ganztagschulplätze umfasst.

<p>Graz war hier schon immer Vorreiter. Inzwischen werden beinahe alle städtische Pflichtschulen bereits als Ganztagschulen (in getrennter oder verschränkter Abfolge) geführt (35 von 38 VS und 14 von 17 MS). Sollte eine der verbleibende Schulen ebenfalls eine Umwandlung anstreben so wird dies natürlich unterstützt.</p>	<p>Wir treten für die Einführung der gemeinsamen Schule für alle bis 14 Jahre, sowie der Ganztageschule auf freiwilliger Basis ein.</p>	<p>Es sollen von allen Schultypen ausreichend Schulen im Stadtgebiet vorhanden sein, sodass Kinder bzw. Jugendliche und Familien die richtige Schule für sich aussuchen können.</p>	<p>In Graz gibt es aktuell an 35 Volksschulen, 14 Neue Mittelschulen und eine Sonderschule mit Tagesbetreuung für Kinder und Jugendliche. Somit werden an 73 % der Volksschulen, an 67 % der NMS und an einem 25 % der Sonderschulen ganztägige Betreuungsformen angeboten. Mittelfristig sollte an jedem Schulstandort auch eine ganztägige Betreuung möglich sein, kurzfristig (in der kommenden Periode) wäre ein Ausbau auf 85 % anzustreben. Als pädagogisch sinnvoller als die klassische Nachmittagsbetreuung erweisen sich Konzepte des verschränkten Ganztagesunterrichts. Diese sollten vermehrt gefördert werden.</p>	<p>Die SPÖ Graz hat sich immer zur Ganztagschule bekannt und wird dies selbstverständlich auch weiterhin tun – daher plädieren wir für ein flächendeckendes, bedarfsorientiertes Angebot, soll heißen, der Besuch muss selbstverständlich auf freiwilliger Basis erfolgen. Wir wollen nicht die Schüler:innen länger dem Frontalunterricht aussetzen, sondern dafür sorgen, dass sie individuell gefördert werden können. Generell soll die Schule zu einem Ort werden, in dem auch künstlerische und sportliche Aktivitäten wieder verstärkt Platz finden.</p>	<p>Aufgrund der Lerndefizite, die sich aus der Corona-Krise ergeben haben, ist es dringend notwendig den Schüler_innen wieder die besten Chancen auf gute Bildung zu geben. Unsere Stadt kann sich langfristig daran beteiligen, deshalb sollte jedes Kind, das einen Ganztagschulplatz in Anspruch nehmen will, auch einen bekommen.</p>
--	---	---	--	---	---



Im nächsten Schuljahr 2021/22 wird es an zwölf Grazer Mittelschulen Schulsozialarbeit geben. Bis wann wollen Sie dieses Angebot flächendeckend ausbauen?

Ergebnis: Fünf Parteien plädieren für einen dringlichen flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit.

Schulsozialarbeit ist eine Grazer Erfolgsgeschichte. 1997 hat die Schulsozialarbeit an drei Standorten ausgehend von einem Projekt der Stadt Graz gestartet. Besonders freut es mich, dass wir in den letzten Jahren immer mehr Standorte damit bedienen konnten. Inzwischen können wir mit der Unterstützung des Landes Steiermark 12 MS und 4 VS versorgen. Auch im letzten dreijährigen Beschluss konnte ein weitere Erhöhung umgesetzt werden (von 8 auf 9 Vollzeitstellen) Diesen Ausbau wollen wir auch in Zukunft bedarfsgerecht fortsetzen.

Die Schulsozialarbeit muss massiv aufgestockt werden. Seit Jahren setzen wir uns dafür ein, dass Schulsozialarbeiter:innen und –psycholog:innen wöchentliche Sprechstunden an jeder Grazer Schule anbieten sollen (ähnlich dem Schularzt).

Schulsozialarbeit ist leider wichtiger denn je. Durch den sehr hohen Anteil an Kindern nicht deutscher Muttersprache aus unterschiedlichen Kulturen und durch die vollkommen überzogenen Corona-Maßnahmen vor allem im Jugendbereich gibt es immer mehr Konflikte und die Schulsozialarbeit wird noch wichtiger werden. Deshalb setzen wir uns für einen Ausbau so schnell wie möglich ein. Das ist aber nur Symptom-Bekämpfung. Die Ursachen gehören behoben - absoluter Aufnahme-Stopp von Migranten und sofortiger Schluss mit Corona-Maßnahmen im Schulbereich.

Der Bedarf an Schulsozialarbeit steigt kontinuierlich an. Gerade in Graz ist der Bedarf besonders hoch. GRin Manuela Wutte hat vor kurzem einen Gemeinderatsbeschluss für einen Ausbau der Schulsozialarbeit, der von allen Parteien außer der ÖVP unterstützt wurde, erzielt. Darin wurde der zuständige Stadtrat Hohensinner ersucht, mit der zuständigen Landesrätin eine rasche Erhöhung der Mittel zu verhandeln. Der Gemeinderatsbeschluss ist ein wichtiger erster Schritt für den so dringend benötigten Ausbau. Da die Finanzierung zu 60% über das Land Steiermark erfolgt, ist die Stadt hier auch von der Landesregierung abhängig. Als realistisches Ziel für den flächendeckenden Ausbau kann die kommende Periode angenommen werden (zwei zusätzliche Schulen jährlich).

Die Schulsozialarbeit wurde Ende der 90er Jahre von der seinerzeitigen SPÖ-Schulstadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl eingeführt, hat sich bewährt und ist heute wichtiger denn je: Daher ist ein flächendeckender Ausbau dringend notwendig, auch die Mitbetreuung der Volksschulen wäre ungemein wichtig.

Den Ausbau eines flächendeckenden Angebots an Schulsozialarbeiter\_innen fordern NEOS schon seit geraumer Zeit. Dass dieser noch nicht zur Verfügung steht, ist ein grobes Versäumnis der Verantwortlichen. Leistungen der Schulsozialarbeit, welche heute gesetzt werden, wirken sich auch im späteren Leben aus und verringern Folgekosten und Probleme in unserer Gesellschaft. Durch die Corona-Krise werden Schulsozialarbeiter\_innen mit einer massiven Ausweitung ihrer Kernaufgaben konfrontiert sein. Die Folgen der Pandemie wie Isolation, Verunsicherung und existenzielle Ängste der Eltern wirken sich ebenso auf die Psyche der Kinder aus. Mit dem derzeitigen Betreuungsverhältnis wird es nicht gelingen, kein Kind zurückzulassen. Der Ausbau eines flächendeckenden



### Fragen zu den Forderungen aus unserem Pflegepaket:

Was wird die Stadt in ihrer Rolle als Arbeitgeberin von Pflegekräften über die Geriatrischen Gesundheitszentren einerseits und andererseits als Institution, die Pflegeheimplätze sowie die Hauskrankenpflege bezuschusst, tun, damit sich die Situation für die Beschäftigten in der Pflege verbessert?

Ergebnis: Vier Parteien antworten, dass höhere Löhne wesentlich sind und fünf gehen auf Aspekte der Arbeitszeit ein. Die KPÖ fordert explizit einen höheren Personalschlüssel. Weitere Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen sind eher vage formuliert und gehen in unterschiedliche Richtungen.

<p>Die Stadt Graz bzw. die GGZ als Arbeitgeberin haben bereits 2019 das Projekt mit dem Titel „Gesundheitsberufe 2025“ ins Leben gerufen. In diesem Projekt liegt vor allem der Fokus auf Mitarbeiter*innen-Gewinnung und Mitarbeiter*innen Bindung. Dazu wurden zahlreiche Maßnahmen für das Gesundheitspersonal entwickelt zum Beispiel: Maßnahmen aus der Gesundheitsförderung, Marketing- und PR-Maßnahmen (Stellenwert der Pflege in der Öffentlichkeit erhöhen z. B. Nurse Info Day am 09.09.2021). Die Pflegedienstleitung und</p>	<p>Wir setzen uns für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Gehalt und höhere Personalschlüssel ein. Druck der KPÖ hat auch dafür gesorgt, dass die Beschäftigten der GGZ einen Corona-Bonus erhalten haben. „Eine derartige Prämie ist nicht vertretbar“, hatte Personalstadtrat Mario Eustacchio ursprünglich im Gemeinderat betont.</p>	<p>Bgm.-Stv. Mario Eustacchio hat bereits als ressortzuständiger Stadtrat für Personal einen Bonus für besonders belastete Mitarbeiter im Haus Graz auszahlen lassen. Darunter sind auch die Mitarbeiterinnen der Geriatrischen Gesundheitszentren gefallen. Zusätzlich gibt es noch eine Treuprämie für die Mitarbeiterinnen der GGZ. Wir machen immer wieder darauf aufmerksam, dass Wertschätzung von den Angehörigen sehr wichtig ist. Wir haben einen sehr hohen Anspruch in den GGZ den Bewohnern und Patienten, aber auch dem gesamten Personal</p>	<p>Das Thema Pflege ist sehr komplex, vor allem deshalb, weil die Verantwortlichkeiten auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt sind. Die Langzeitpflege liegt in der Zuständigkeit des Landes. Die Stadt Graz ist für die städtischen Pflegeheime zuständig (Geriatrische Gesundheitszentren GGZ). Die GGZ sind in vielen Pflegebereichen Vorreiterin und sehr an innovativen Ideen in der Pflege interessiert. Wir Grüne setzen uns stets für bessere Bezahlung, aber auch bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege ein, die Löhne werden allerdings über diverse Kollektivverträge geregelt. Bundesminister</p>	<p>In Hinblick auf die Stadt als Arbeitgeberin muss ein konsequenter, kontinuierlicher Kontakt mit der Belegschaftsvertretung/Personalvertretung gewährleistet sein, wird es darum gehen müssen, Arbeitszeitmodelle zu entwickeln, die den enormen psychischen wie auch physischen Anforderungen an die Beschäftigten in diesem Bereich gerecht werden. Als Institution wird es von besonderer Bedeutung sein, die Rahmenbedingungen für die Pflege zu Hause sukzessive zu verbessern, wird diese doch von vielen Betroffenen, weil sie somit in der gewohnten</p>	<p>Für uns NEOS ist die Pflege als ein integraler Teil der Gesundheitsversorgung zu denken und darf daher nicht weiter stiefmütterlich behandelt werden. Um die Situation für Beschäftigte in der Pflege zu verbessern braucht es neue Arbeitszeitmodelle, höhere Löhne und eine Steigerung der Wertschätzungen für das Berufsbild in der Gesellschaft.</p>
---	--	--	---	--	---

<p>Geschäftsführung sind seit Jahren in zahlreichen Gesundheitsforen in Stadt, Land und Bund (z. B. Pflege Task-Force im Bund, ÖGKV Österreich und Steiermark, Bündnis gute Pflege Steiermark, Bundesverband Lebenswelt Heim) kontinuierlich und konsequent tätig, um auf den steigenden Pflegepersonalbedarf hinzuweisen und diesem entgegenzuwirken.</p>		<p>gegenüber. Interne Umfragen haben eine sehr hohe Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen ergeben. Ebenfalls sehr wichtig ist, dass die Politik erkennt, dass sich die Arbeitszeiten, die Bezahlung und somit die Arbeitsbedingungen verbessern müssen. Denn das ganze Lob hilft nichts, wenn die Voraussetzung dauerhaft diesen Beruf gerne und mit vollem Einsatz ausüben zu können, einfach nicht gegeben sind. Die Pflegereform muss vorangetrieben werden und zwar mit einer deutlichen Verbesserung für die Pflegekräfte.</p>	<p>Mückstein hat sich öffentlich für bessere Bezahlung, aber auch für bessere Rahmenbedingungen der Pflegekräfte ausgesprochen und wird sich im Zuge der Pflegereform dafür auch stark machen.</p>	<p>Umgebung verbleiben können, gegenüber dem Pflegeheim bevorzugt.</p>	
--	--	--	--	--	--

Für welche weiteren Entlastungsangebote für pflegende Angehörige (z.B. soziale Absicherung, Unterstützung, Vertretung für Krankenstände, Urlaube ...) werden Sie sich einsetzen?

Ergebnis: Es werden von den Parteien sehr unterschiedliche Maßnahmen ins Treffen geführt.

<p>Rund 1. Mio. Menschen in Österreich übernimmt eine Betreuungsleistung ihrer Angehörigen zu Hause. Diese stellt somit eine wesentliche Säule unseres Gesundheits- und Sozialsystems dar. Verbesserte Angebote für pflegende Angehörige, die sie in ihrer Tätigkeit unterstützen ist Aufgabe der GGZ, daher wurde das Haus</p>	<p>Eine umfassende Entlastung muss an mehreren Punkten ansetzen. Es braucht etwa dringend eine Ausweitung der Alltagsbegleitung („4. Dienst“), die volle Anrechnung von Pflegezeiten auf die Pension oder leistbare Tarife in den Tageszentren. Mein Kollege Pflegestadtrat Robert Krotzer hat in diesem Bereich einiges durchsetzen</p>	<p>Wir haben Tageszentren für ältere Menschen, die eine Tagesstruktur mitmachen können. Sie können pflegende Angehörige entlasten, jedoch werden diese leider nicht gut angenommen. Hier wollen wir genau hinschauen, warum das so ist und das Angebot adaptieren. Natürlich setzen wir uns für Unterstützungsangebote</p>	<p>In Österreich haben wir ca. 900.000 pflegende Angehörige, die eine wichtige Säule in der Pflege darstellen. Ohne diese Menschen würde die Pflege in Österreich nicht gewährleistet werden können. Im Regierungsprogramm gibt es Projekte, die genau diese Personengruppe entlasten</p>	<p>Wir fordern die finanzielle und soziale Absicherung der pflegenden Angehörigen durch eine Anstellung bei einem Verein – nach burgenländischem Vorbild. Das gehört auch zu den wesentlichen Forderungen in unserem Wahlprogramm.</p>	<p>Für alle pflegenden Angehörigen braucht es routinemäßige Burn-out-Checks. Dadurch soll gewährleistet werden, dass Jede_r rechtzeitig Hilfe bekommt. Außerdem braucht es eine unabhängige Interessensvertretung mit freiwilliger Mitgliedschaft, die sich bei den Behörden usw. für die Anliegen der Angehörigen einsetzt. Wir</p>
---	--	--	---	--	--

<p>Esther im Gemeinderat beschlossen, der Geriatrie Konsiliardienst (GEKO) 2020 eingeführt und das Trainingszentrum für pflegende Angehörige entwickelt.</p>	<p>können. Ein einzigartiges Zuzahlungsmodell der Stadt Graz sorgt dafür, dass allen Grazerinnen und Grazern, die mobile Pflegedienste zuhause in Anspruch nehmen, jedenfalls die Mindestpension in der Höhe von 949,46 Euro zum Leben bleibt. Die Angebote der Sozialpsychiatrischen Dienste im Alter (SOPHA) und Partner im Alter (PIA) wurden ausgebaut.</p>	<p>und soziale Absicherung ein, aber das sind Landes- und Bundesthemen.</p>	<p>sollen - das ist zB. der Pflegefreie Tag: Pflegende Angehörige sollen - zu ihrer Unterstützung und Entlastung - einen Tag im Monat (kann auch stundenweise in Anspruch genommen werden) Anspruch darauf haben, zu Pflegenden in Einrichtungen unterzubringen. In der Stadt Salzburg (wo die Grünen in der Regierung sind) gibt es bereits ein solches Angebot. So ein Angebot könnte auch die Stadt Graz anbieten. Bezüglich der sozialen Absicherung haben pflegende Angehörige die Möglichkeit, sich versichern zu lassen, weiters gibt es den Anspruch auf Pflegekarenz. Wir arbeiten eng mit der Interessensgemeinschaft der Pflegenden Angehörigen zusammen und diese sind auch in den Pflegereformprozess eingebunden.</p>		<p>NEOS fordern außerdem die Forcierung von Pflege-Teilzeitmodellen, damit die pflegenden Angehörigen einen normalen Erwerbsprozess weiterführen können, sich nicht ausschließlich der Pflege widmen und sich mit den Pflegegeld-Härtefallzuschlägen/Qualität zuschlagen von Pflege- und Betreuungsdiensten unterstützen lassen können. Wir setzen uns für Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten ein, damit die Wissensweitergabe möglich und zertifiziert ist. Auf diese Weise besteht die Möglichkeit, nach der pflegenden Tätigkeit, wieder berufstätig zu sein. Bei Pflege-Härtefällen, beispielsweise wenn pflegende Angehörige schwerbehinderte Kinder pflegen, muss die soziale Absicherung besser garantiert werden.</p>
--	---	---	---	--	---

## Fragen zu den Forderungen aus unserem Gewaltschutz. und Solidaritätspaket:

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass kommunale Förderungen und Subventionen für Gewaltschutz, Prävention und Betreuung für von Gewalt betroffene Frauen erhöht werden?

Ergebnis: Alle Parteien betonen, dass ihnen Gewaltschutz ein Anliegen sei. Die vorgeschlagenen Maßnahmen gehen in unterschiedliche Richtungen.

<p>Gewaltschutz geht uns alle an. Als Kommune haben wir aktiv ein entsprechendes Maßnahmenpaket gegen Gewalt an Frauen und Familien geschnürt. Ein wesentlicher Schwerpunkt ist dabei auch die Arbeit mit den Männern bzw. Tätern. Es ist wichtig hier präventiv anzusetzen. Über 600.000 Euro gibt die Stadt Graz jährlich für die verschiedensten Gewaltschutzmaßnahmen aus, städtische Einrichtungen dabei nicht miteingerechnet. Das aktuelle Maßnahmenpaket der Stadt Graz fußt auf drei Säulen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Männerarbeit</li> <li>2. Familienangebote und Gewaltprävention</li> <li>3. Prävention bei Jüngeren bzw. im Integrationsbereich (Ehrkulturen)</li> </ol> <p>Ein Ansatz, um das Maßnahmenpaket weiter auszubauen wäre, eine Einrichtung und</p>	<p>Als KPÖ sehen wir es als eine wichtige Aufgabe der Stadt Graz an, Frauen- und Mädcheneinrichtungen ausreichend zu finanzieren sowie Förderungen regelmäßig und der gesellschaftlichen Situation entsprechend zu erhöhen. Nur dadurch können sie die wichtige Arbeit zur Geschlechtergleichstellung und zum Schutz der Opfer vor häuslicher und sexualisierter Gewalt leisten. Wir setzen uns auch dafür ein, dass es zu einem Ausbau von Einrichtungen zum Gewaltschutz kommt, für den Erhalt und die Erweiterung aller bestehenden Frauenprojekte, aber z.B. auch für mehr Übergangswohnungen für alleinstehende als auch für Frauen mit Kindern bzw. auch für mehr betreute Wohneinheiten für das Grazer Frauenhaus.</p>	<p>Dafür haben wir uns bereits eingesetzt und werden das auch weiterhin tun. Beispielsweise mit der Forderung eines zweiten Frauenhauses für Graz. Genauso haben wir uns beim zuständigen Stadtrat für mehr Fördergeld für Vereine, die Mädchen bei drohender Zwangsehe unterstützen, eingesetzt. Wir werden uns weiterhin für Gewaltschutz einsetzen, denn unser Zugang ist immer die Freiheit. Und Gewalt und Zwänge wie die Zwangsverheiratung würden diese Freiheit massiv einschränken. Unser sozialer Anspruch als Gesellschaft muss sein, Bürger die sich selbst nicht schützen oder helfen können, dabei zu unterstützen ihre persönliche Freiheit wieder zu erlangen und die auch zu wahren.</p>	<p>Die wichtigste strukturelle Maßnahme, die ich als Frauenstadträtin gesetzt habe, war die die Wiedereinführung der Mehrjahresverträge. Nach vielen Jahren ist es erstmals wieder gelungen, den Mädchen- und Fraueneinrichtungen - unabhängig von Wahlen und Budgetzusagen - eine Grundabsicherung und somit Planbarkeit zu garantieren. Während der Coronakrise war und ist mir der kontinuierliche Austausch mit Opferschutzeinrichtungen, den Beratungsstellen für Gewaltprävention (dazu gehört auch die Männerberatungsstelle) und Gewaltschutzeinrichtungen wichtig. Mit dem Covid-19-Fonds konnten wir auch bei der digitalen Beratung und Betreuung von Frauen unterstützen, damit in dieser fordernden Zeit</p>	<p>Seitens der SPÖ Graz wurde diese Forderung schon mehrfach im Gemeinderat erhoben, wir haben das auch per Dringlichkeitsanträge von der Bundesebene verlangt.</p>	<p>Um Frauen besser vor Gewalt zu schützen braucht es neben Präventionsmaßnahmen, auch einen besseren Gewaltschutz durch Gewaltschutzambulanzen. In Graz gab es bereits das Projekt einer Gewaltambulanz, welche jeden Tag rund um die Uhr für Gewaltbetroffene offen stand. Aufgrund der unzureichenden öffentlichen Mitteln, die dem Projekt gewährt wurde, ist diese nicht in der Lage einen 24h-Betrieb finanziell und personell zu gewährleisten. Wir werden mit parlamentarischen Instrumenten wie zum Beispiel mit Anträgen weiterhin den nötigen Druck aufbauen, damit die Gewaltambulanz als erste Anlaufstelle sowohl für psychologische als auch ärztliche und juristische Betreuung für Gewaltopfer</p>
---	---	---	---	---	---

<p>Krisenunterbringung für weggewiesene Männer, damit diese einen Anlaufpunkt haben. Als Stadt haben wir hier bereits unsere Unterstützung signalisiert und würden das Projekt mitfinanzieren.</p>			<p>Mädchen und Frauen weiterhin betreut werden konnten. Das war in dieser Zeit besonders wichtig. In der Prävention ist uns einiges gelungen. So haben wir mit „Luisa ist da“ eine breit angelegte und erfolgreiche Kampagne als Hilfsangebot für Frauen und Mädchen in Grazer Lokalen gestartet. KooperationspartnerInnen sind die Polizei, die Frauenberatungsstelle TARA und die WKO. Über 40 Lokale und Jugendzentren sind bereits dabei und leisten damit einen wichtigen Beitrag zu Schutz und Prävention. Außerdem haben wir vor 4 Jahren die Kampagne „Graz steht auf. Gegen Gewalt an Frauen“ im Aktionszeitraum „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ mit vielen Personen des öffentlichen Lebens ins Leben gerufen. Und im Bereich der Nachbetreuung ist es mir gelungen, in einer Kooperation mit dem Sozialstadtrat eine langjährige Forderung der Frauenhäuser zu erfüllen, indem wir neue Übergangswohnungen übergeben konnten, um Frauen bei ihrem Weg in ein</p>		<p>rund um die Uhr geöffnet haben kann.</p>
--	--	--	--	--	---

			selbständiges, gewaltfreies Leben zu unterstützen. Als Frauenstadträtin werde ich mich dafür einsetzen, dass es in der nächsten Gemeinderatsperiode mehr Budget für den Gewaltschutz geben wird.		
--	--	--	--	--	--

Welche Maßnahmen werden Sie zum Ausbau psychosozialer Beratung setzen?

Ergebnis: Grundsätzlich ist bei allen Parteien ein Problembewusstsein hinsichtlich der Notwendigkeit von ausreichenden Angeboten für psychosoziale Beratung vorhanden. Die Vorschläge für Maßnahmen setzen unterschiedliche Schwerpunkte.

Graz verfügt über ein sehr engmaschiges soziales Netz, welches wir seit Jahren durch unterschiedlichste Initiativen und Projekte verstärken und engmaschiger knüpfen. Soziale Politik heißt für Menschen in all ihren unterschiedlichen Lebenssituationen da zu sein und gerade jenen Menschen zu helfen, die es selbst nicht mehr können. Daher ist es wichtig, dass Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen und/oder schweren persönlichen Krisen fachspezifisch bestmöglich betreut werden. Die eben angesprochene Krisenunterbringung wäre ein neues Projekt, wo gerade die psychosoziale	Psychosoziale Beratung hat einen hohen Stellenwert, da die psychische Gesundheit als Voraussetzung für ein erfülltes Leben zu sehen ist. Bereits vor der Corona Pandemie wurde das Angebot in Form von Information, Beratung und Betreuung stark genutzt, aber die gegenwärtige Krisensituation - bedingt durch diverse Einschränkungen im Alltag bis zu Existenzängsten - lässt einen erhöhten Bedarf an Beratungsangeboten annehmen. Deshalb werden wir als KPÖ dazu beitragen, dass es zu einem Ausbau der bestehenden psychosozialen Beratungsstellen und deren finanzielle Absicherung kommt.	Leider wird dieses Thema immer dringlicher, denn immer mehr Menschen leiden unter psychischen Belastungen und Erkrankungen. Die Beratung und Behandlung auszubauen ist genauso wichtig, wie die Teilhabe psychisch kranker Menschen in der Gesellschaft. Wir werden Initiativen unterstützen, die diesem Anspruch gerecht werden. Ebenso wichtig sind die Anliegen der Angehörigen von psychisch kranken Menschen, auch sie wollen wir nicht im Stich lassen, sondern über Angebote informieren.	Viele Frauenberatungseinrichtungen berichten darüber, dass während der Coronazeit die Anzahl an Frauen, die psychische Probleme haben, massiv zugenommen hat. Psychische Belastungen und Existenzängste, Schlaflosigkeit wegen finanzieller Sorgen, die Mehrfachbelastung durch Home office und die Sorge um den Arbeitsplatz oder Arbeitslosigkeit – all das hat Frauen massiv betroffen und hatten sie vielfach allein zu schultern. Ich habe dieses Thema auch an die grüne Frauensprecherin Meri Disoski auf Bundesebene kommuniziert, die ihrerseits sowohl die Frauenministerin als auch die zuständige Frauenlandesrätin daraufhin	Auch in der Hinsicht wurden von uns im Gemeinderat bereits entsprechende Forderungen eingebracht	Durch die Krise hat das soziale Leben und die Psyche jedes Einzelnen enorm gelitten. Das derzeitige Angebot in Graz war schon vor der Krise nicht ausreichend, wodurch besonders Kinder und Jugendliche zu leiden haben. Deshalb fordern wir NEOS einerseits ein flächendeckendes Angebot von Schulpsycholog_innen, sowie andererseits niederschwellige Möglichkeiten für psychosoziale Beratung für Erwachsene nahe ihrem Wohnort. Dieses Beratungsangebot muss aber ebenso im virtuellen Raum und über Hotlines erreichbar sein, damit jede_r der/die Hilfe braucht, diese auch rasch und unkompliziert bekommt.
---	--	--	---	--	--



<p>Beratung und Betreuung der weggewiesenen Männer eine wesentliche Rolle spielen würde!</p>			<p>angesprochen hat. Die Rückmeldung war weder auf Landes- noch auf Bundesseite sehr ermutigend. In den nächsten Wochen wird nun im Rahmen der neuen Budgetverhandlungen im Bund versucht, über das Gesundheitsministerium und Bundesminister Mückstein mehr Budget für die psychosoziale Betreuung der Frauengesundheitseinrichtu ngen zu ermöglichen. Auf kommunaler Ebene werde ich mich dafür einsetzen, zusätzliches Budget - ähnlich dem Covid-19-Fonds, der 2020 ausbezahlt wurde - fürs nächste Budget zu verhandeln, damit auch TARA, Danaida, Omega, Frauenservice und weitere Fraueneinrichtungen den Mehrbedarf an psychosozialer Beratung abdecken können.</p>		
--	--	--	---	--	--

Seit dem 1. Juli 2021 ist in der Steiermark das neue Sozialunterstützungsgesetz in Kraft, wodurch die bisherige bedarfsorientierte Mindestsicherung abgelöst wird. Sind Sie mit der nun geltenden Gesetzeslage zufrieden? Oder welchen erneuten Änderungsbedarf sehen Sie, und was werden Sie dafür tun?

Ergebnis: Vier Parteien sehen einen erneuten Veränderungsbedarf.

<p>Die Mindestsicherung bzw. jetzt die Sozialunterstützung soll grundsätzlich jenen zu Gute kommen, die auch Hilfe brauchen. Sie soll eine kurze Überbrückungshilfe sein aber keine dauerhafte Alimentierung von sozialen Leistungen. Gerade bei Asylberechtigten muss das Ziel sein, schnell Arbeit zu finden und nicht dauerhaft von sozialen Leistungen abhängig zu sein, damit Integration auch gelebt werden kann. Die Sprache ist ein Schlüssel zum Erfolg. Hier hätte man mehr Anreize im Sozialunterstützungsgesetz für den Erwerb von Deutschkenntnissen setzen können. Diese Sprachanreize wurden aber vom</p>	<p><i>Anmerkung von Mehr für CARE!:</i> <i>Aufgrund der Länge der Antwort und wegen der Darstellung der darin beinhalteten Beispiele haben wie die Stellungnahme zu dieser Frage unter der Tabelle angehängt.</i></p>	<p>Da das Sozialunterstützungsgesetz die Freiheitliche Handschrift trägt, sind wir damit zufrieden. Es ist für alle, die Hilfe benötigen gesorgt. Unser Zugang ist auf jeden Fall, dass ein Bürger, der Hilfe benötigt diese auch erhält. Wir wollen unser System vor Missbrauch schützen, daher fordern wir mehr Kontrolle um Missbrauch zu verhindern. Leider hat uns die Vergangenheit gezeigt, dass Sozialmissbrauch als Kavaliersdelikt behandelt wurde. Das ist nicht unser Anspruch. Es ist wichtig, den Leistungsträgern zu vermitteln wie gut durchdacht unser Sozialsystem ist, damit niemand durch den Rost fällt. Aber wir sind es dem Leistungsträger auch schuldig, ihm zu vermitteln, dass sich</p>	<p>Das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz der schwarz-blauen Bundesregierung beabsichtigte deutliche Verschlechterungen für Mindestsicherungsbezieher*innen. Es ist auch unverständlich, warum die fortschrittliche Bezeichnung „Mindestsicherung“ im 21. Jahrhundert wieder in die „Sozialhilfe“ umbenannt wurde, die immer den Beigeschmack von Almosen hat. Besonders drastische Verschlechterungen der Sozialhilfe neu (Höchstsätze für Kinder und Verknüpfung der Sozialhilfe mit Sprachkenntnissen) wurden erwartungsgemäß durch den Verfassungsgerichtshof wieder aufgehoben. Die nun geltende steirische</p>	<p>Die Zufriedenheit hält sich naturgemäß in Grenzen, wobei wir festhalten müssen, dass sich die Steiermark natürlich an die Vorgaben des Bundes, konkret an jene von ÖVP und FPÖ beschlossene Gesetzeslage zu orientieren hat, die nunmehr auf Bundesebene auch von der ÖVP/Grünen-Mehrheit geteilt wird. Wir sehen vor allem im Bereich der Familien gerade auch in Hinblick auf die Kinderarmut deutlichen Verbesserungsbedarf.</p>	<p>Die Einführung einer flächendeckenden Sozialberatung, und höhere Zuschläge für Menschen mit Behinderungen werden seitens NEOS durchaus begrüßt, doch geht die Struktur des neuen Gesetzes völlig am Ziel vorbei. Menschen, die Hilfe brauchen, müssen entlastet werden. Es besteht, dass Problem, dass die Hilfsbedürftigen nun weniger finanzielle Unterstützung erhalten und dafür auch noch mehr Bürokratie als je zuvor in Kauf nehmen müssen. Deshalb setzen wir NEOS uns für Erleichterungen für Eltern und alleinerziehende Bezugsberechtigte ein, damit diese am Arbeitsmarkt wieder Fuß fassen können. Eine wesentliche Maßnahme ist es daher, genügend</p>
--	---	--	---	--	---

Verfassungsgerichtshof gekippt.		Steuern für unser Sozialsystem auszahlen. Deshalb fordern wir für Sozialhilfebezieher aus dem Ausland, einen erschwerten Zugang. Somit wollen wir einem Anreiz in unser System zu kommen, ohne dieses zu verstehen, vorbeugen. So lange jemand Hilfe benötigt soll er diese auch bekommen. Wer in den Arbeitsmarkt integrierbar ist, sollte so schnell wie möglich wieder in Beschäftigung kommen. Das gibt Sicherheit, Selbstwert und einen geordneten Tagesablauf mit einer Lebensaufgabe.	Gesetzgebung bringt dennoch deutliche Verschlechterungen besonders für die Gruppe der subsidiär Schutzberechtigten. Wir Grüne konnten für einige Gruppen (beispielsweise Personen mit humanitärem Bleiberecht) im letzten Moment noch einige wichtige Verbesserungen verhandeln. Dennoch werden wir das neue Sozialunterstützungsgesetz weiterhin scharf kritisieren – denn bei der Grundsicherung armutsbetroffener Menschen darf niemals gespart werden.		Betreuungsplätze für Kinder zur Verfügung zu stellen, damit die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglicht wird - darauf müssen wir unser Augenmerk legen.
---------------------------------	--	--	--	--	--

### Antwort der KPÖ auf die letzte Frage betreffend Mindestsicherung/Sozialunterstützung:

Als KPÖ sehen wir zahlreiche Probleme in dem seit 1. Juli 2021 geltenden Sozialhilfe-Grundsatzgesetz. So weicht es z.B. von den vorhergegangenen rechtlichen Zielsetzungen der Armutsbekämpfung und der Vermeidung sozialer Ausschließung dahingehend ab, indem jetzt als Ziele die Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhalts und die Befriedigung des Wohnbedarfs, sowie integrationspolitische und fremdenpolizeiliche Ziele und die Eingliederung von Bezugsberechtigten in das Erwerbsleben und die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes grundlegend sind. Diese veränderten Zielsetzungen werden einige Verschlechterungen mit sich bringen. Dies betrifft z. B. den Bereich „Wohnen“ und die auf diesbezügliche Unterstützung angewiesenen bedürftigen Menschen, aber auch die Zielgruppe der MigrantInnen, deren Anspruchsberechtigung für Unterstützungsmaßnahmen nur dann gegeben ist, wenn sie an bestimmte Voraussetzungen gekoppelt wird. Das heißt, dass nur die Menschen mit Migrationshintergrund Anspruch auf eine entsprechende Sozialunterstützung haben, die zu einem dauernden, mindestens fünfjährigen tatsächlichen und rechtmäßigen Aufenthalt im Inland berechtigt sind. Leistbarer Wohnraum darf aus unserer Sicht nicht von der Staatszugehörigkeit abhängig sein.

Im SH-GG (Sozialhilfe Neu) sind jetzt Höchstsätze angegeben, ohne Mindestsätze festzulegen. Dem Land Steiermark ist es somit möglich, geringere Leistungen auszuzahlen, höhere hingegen nicht. So werden z.B. der Wohnungsbedarf mit 40% des Richtsatzes und der Lebensbedarf mit 60% des Richtsatzes angenommen. Liegt der tatsächliche Wohnungsaufwand eines

Beziehers/einer Bezieherin unter den 40% des Wohnbedarfs, wird der Richtsatz gekürzt. Liegt der tatsächliche Wohnaufwand darüber, kann eine Wohnkostenpauschale nur in der Höhe von 30% des Richtsatzes gewährt werden.

Anhand eines Beispiels lassen sich die negativen Auswirkungen verdeutlichen:

Beispiel: Ein alleinstehender Mann in einer Gemeindewohnung (65 Jahre) hat keinen Pensionsanspruch, bezieht jetzt Mindestsicherung und Wohnunterstützung, dann Sozialunterstützung.

Er bezahlt Miete für seine Gemeindewohnung in der Höhe von 280,00 € inkl. BK und Heizung und hat eine Stromrate in der Höhe von 35,00 €.

Mindestsicherungsgesetz bis 30.6.2021

949,46 €	Mindestsicherung
<u>143,00 €</u>	<u>Wohnunterstützung</u>
1092,46 €	gesamt

SH-GG ab 1.7.2021

569,67 €	Lebensbedarf nach dem StSUG
<u>315,00 €</u>	<u>tatsächlicher Wohnbedarf</u>
884,67 €	gesamt

D.h. – es ergibt sich ein Verlust von 207,79 €.

Die Zahl der BezieherInnen von Sozialhilfe ist in den letzten Jahren angestiegen und es zeichnet sich ab, dass immer mehr Menschen für die Sicherung des Existenzminimums auf staatliche Leistungen angewiesen sein werden. Mit diesem neu umgesetzten SH-GG wird jedoch aus Sicht der KPÖ die soziale Absicherung vieler Menschen nicht ermöglicht werden können. Im Gegenteil, denn es sieht vielmehr eine Kürzung für viele Betroffene vor, während der Vollzug des Gesetzes mit einem wesentlich höheren Verwaltungsaufwand und mit einer Kostensteigerung verbunden ist. So sind z.B. von Seiten der Sozialämter pro Person monatlich bis zu 4 Überweisungen allein für die Wohnkosten durchzuführen.

Die KPÖ setzt sich für eine Mindestsicherung ein, die wieder Mindestsätze definiert statt Höchstsätze. Ihre Auszahlung soll 14 Mal pro Jahr erfolgen. Weiters sollen Heizkostenzuschüsse abgesichert werden und statt einer Kürzung der Wohnbeihilfe soll ihre Anpassung an die Teuerung erfolgen. Ziel muss es sein, allen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und Armut, insbesondere Kinderarmut, zu verhindern. Weitere Beiträge für ein sozial verträglicheres Leben sind der von der KPÖ geforderte Tarif- und Gebührenstopp, die Verhinderung von Strom- und Heizungsabschaltungen, der Ausbau von Sozial- und Wohnungsloseneinrichtungen sowie die Einrichtung einer städtischen Kantine, um einkommensschwachen GrazerInnen eine warme Mahlzeit kostengünstig zur Verfügung zu stellen.